

## **Checkliste<sup>1</sup> ✓ - Klausur 2131 ÖR**

### **Frage 1: Worin besteht das Problem beim Antragsgrund im Rahmen der abstrakten Normenkontrolle?**

Art. 94 I Nr. 2 GG sieht als Antragsgrund für abstrakte Normenkontrolle vor, dass „Meinungsverschiedenheiten oder Zweifel“ an der Vereinbarkeit eines Gesetzes mit höherrangigem Recht ausreichen sollen. § 76 I BVerfGG verlangt dagegen, dass der Antragsteller das Gesetz „für nichtig hält“. Damit scheint der Antragsgrund enger gefasst.

1. § 76 BVerfGG ist zulässige Konkretisierung: Der Gesetzgeber durfte die in Art. 94 GG angesprochene Öffnung für Zweifel/Meinungsverschiedenheiten präzisieren: Nun muss der Antragsteller die Norm tatsächlich „für nichtig“ halten. § 76 sei damit verfassungskonform und verbindlich.

2. § 76 BVerfGG zu restriktiv: Der Wortlaut von Art. 94 I Nr. 2 GG sei weiter: Zweifel oder Meinungsverschiedenheiten sollten genügen. § 76 engt das Antragsrecht unzulässig ein; deshalb müsse im Zweifel Art. 94 GG direkt gelten.

### **Frage 2: Wie ist das Verhältnis zwischen nationalen Recht und EU-Recht?**

EuGH: EU-Recht hat unbedingten und umfassenden Anwendungsvorrang vor sämtlichem nationalen Recht, inklusive Verfassungsrecht. Begründung: Autonomie und einheitliche Wirksamkeit des Unionsrechts.

BVerfG: Erkennt einen faktischen Vorrang der Anwendung an, aber kein Vorrang über das Grundgesetz. Vorrang endet an: Identitätskontrolle (Art. 79 III GG); Ultra-vires-Kontrolle (Kompetenzüberschreitung der EU); Allgemeines Absinken des Grundrechtsstandards

### **Frage 3: Was ist der Inhalt von Recht auf Vergessen II?**

In „Recht auf Vergessen II“ führt die vollständige Harmonisierung dazu, dass allein die Grundrechte der EU-Grundrechtecharta maßgeblich sind. Das BVerfG prüft deshalb nicht mehr am Grundgesetz, sondern unmittelbar an der GRCh.

### **Frage 4: Wann liegt die Wahrung der Rechtseinheit im Sinne des Art. 72 II GG vor?**

Die Wahrung der Rechtseinheit erlaubt eine bundesgesetzliche Norm erst, wenn auf Landesebene eine Gesetzesvielfalt besteht oder zu entstehen droht, die eine Rechtszersplitterung darstellt.

### **Frage 5: Stelle die Folgen der Dreistufenprüfung bei der Berufsfreiheit dar?**

Eingriffe sind zulässig, müssen aber den Anforderungen der Drei-Stufen-Theorie genügen: Berufsausübungseingriffe brauchen vernünftige Gründe des Gemeinwohls, subjektive Berufswahlbeschränkungen besondere, objektive Berufswahlbeschränkungen zwingende Gründe.

---

<sup>1</sup> Diese Checkliste dient der schnellen Wiederholung und Vertiefung der Klausur 2131 und ist daher bewusst knapp und prägnant gehalten.